

II-13211 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Zl. 21.891/33-2/94

1010 Wien, den 6. April 1994

Stubenring 1

DVR: 0017001

Telefon: (0222) 711 00

Telex 111145 oder 111780

Telefax 7137995 oder 7139311

P.S.K.Kto.Nr.: 05070.004

Auskunft:

---

Klappe: ---

6009/AB

1994-04-08

zu 6181/J

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Haider, Dolinschek, Apfelbeck an den Bundesminister für Arbeit und Soziales, betreffend Resolution der Bediensteten der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, Landesstelle Graz (Nr. 6181/J).

Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen Anfrage ersichtlichen Fragen führe ich folgendes aus:

Die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, die zu einem Bericht aufgefordert wurde, hat grundsätzlich folgendes mitgeteilt:

"Die Anstalt hat sich auf Anregung des Rechnungshofes nach Einschaltung einer EDV-Beraterfirma im Jahre 1989 entschlossen, ihr von den Einschauorganen als wartungsaufwendig sowie bedienungsunfreundlich bezeichnetes und nicht mehr dem Sicherheitsstandard entsprechendes EDV-Wesen unter Verwendung einer modernen Programmiersprache auf ein Datenbanksystem umzustellen. Unter Beachtung der gebotenen Sparsamkeit wurde dieses Vorhaben durch stufenweise Hochrüstung beider Großrechner und Einsatz der auf Basis modernsten Projektmanagements entwickelten Software sukzessive realisiert. In diese Entwicklung waren die Anwender sowohl hinsichtlich des zu erstellenden Pflichtenheftes als auch in bezug auf die Qualitätssicherung voll eingebunden.

Nach erfolgter Austestung - wobei aus zwingenden Termingründen mit einem Testgrad von 60 % das Auslangen gefunden werden mußte - und flächendeckender Anwenderschulung wurde das nach den neuesten Erkenntnissen auf Dialogbasis entwickelten Projekt mit automa-

tischer Nach- und Rückverrechnung und Menüführung am 22.11.1993 in essentiellen Zügen zum Einsatz freigegeben.

Ohne die eigentlichen Ergebnisse einer solchen volumensmäßig doch beträchtlichen Umstellung abzuwarten, haben Bedienstete der Landesstelle Graz bereits zwei Tage nach diesem Zeitpunkt inkompetenterweise in Form vorliegender Resolution die jedenfalls verfrühte Behauptung aufgestellt, daß aufgrund eines falschen Personal- und EDV-Konzeptes die Gefahr bestehe, daß Leistungen der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter nicht oder nicht rechtzeitig erbracht werden können. Zudem wurde noch betont, daß die zusätzlichen Belastungen durch die Installierung eines äußerst mangelhaften EDV-Systems nicht ohne das Risiko der Inkaufnahme von gesundheitlichen Schäden ertragen werden könnten.

Nach mehr als 3-monatiger Erfahrung mit diesem System kann nun die verbindliche Aussage getroffen werden, daß die unter dem Gesichtspunkt der Komplexität gehegten Erwartungen in Erfüllung gegangen sind. Jedenfalls haben sich die von Teilen der Belegschaft einer von vier Landesstellen artikulierten Befürchtungen nicht bewahrheitet, indem die monatliche Anweisung, trotz PAG-Umrechnung, in rund 900.000 Pensionsfällen weiterhin pünktlich in gebührender Höhe erfolgte.

Zwischenzeitlich stellte auch der Betriebsratsvorsitzende der Landesstelle Graz in seiner Wortmeldung anlässlich der letzten Sitzung des dortigen Landesstellenausschusses fest, daß sich das EDV-System nach anfänglichen Schwierigkeiten zum Positiven entwickelt habe. Die Benützbarkeit durch die Sachbearbeiter sei in sehr hohem Maße und zügig möglich; damit könne die seinerzeit getroffene Aussage nicht aufrecht erhalten werden."

Zu den Fragen im einzelnen:

Zur Frage 1:

Die Bediensteten der Landesstelle Graz haben ihre Resolution nicht an mich, sondern an die Leitung der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter gerichtet. Sie wurde mir erst jetzt bekannt,

sodaß für mich bisher weder ein Grund für eine Reaktion noch überhaupt eine Möglichkeit dazu bestand.

Die Leitung der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter hat auf die Resolution nach ihrem Bericht auf folgende Weise reagiert:

"Die Anstaltsleitung hat unmittelbar nach Bekanntwerden des Resolutionsinhaltes die Leiter der maßgeblichen Bereiche der Hauptstelle und den leitenden Angestellten der Landesstelle zur Stellungnahme aufgefordert. Darüber hinaus wurde die Innenrevision der Hauptstelle beauftragt, in der Landesstelle Graz vor Ort nach möglichen Hintergründen zu recherchieren. Über das Ergebnis wurde seitens der Anstaltsleitung anlässlich der Sitzung des Grazer Landesstellenausschusses am 1.12.1993 in Anwesenheit des Vorsitzenden der dortigen Belegschaftsvertretung ausführlich berichtet. Die in diesem Zusammenhang erfolgte Feststellung, wonach es unter Berücksichtigung der eingeholten Stellungnahmen und Berichte keinen Grund zu der Annahme gäbe, daß die in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen tatsächlich eintreten werden, blieb von dem anwesenden Belegschaftsvertreter unwidersprochen. Ebenso die Tatsache, daß die Anstalt durch die Entwicklung und Inbetriebnahme dieses EDV-Projektes den Grundstein für ein modernes und effizientes EDV-Betriebssystem geschaffen habe, welches zur Verbesserung der Responsezeiten nun noch in einer letzten Etappe der Hochrüstung weiter zu optimieren sei. Dieses Ziel wurde nach zwischenzeitlicher Beschlußfassung des geschäftsführenden Organs bereits insoferne realisiert, als durchgeführte Messungen ergaben, daß die durchschnittlichen Antwortzeiten bei 3,5 Sekunden liegen."

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

#### Zu den Fragen 2 und 3:

Zu diesen Fragen ergibt sich aus dem Bericht der Pensionsversicherungsanstalt folgendes:

Die durchschnittliche Erledigungsdauer der im Februar 1994 erledigten Fälle bei Pensionen betrug bei der Anstalt 4,2 Monate, beim Pflegegeld 4,7 Monate. Demgegenüber betrug die durchschnittliche Laufzeit der im Juni 1993 erledigten Fälle bei den Pensionen 3,07 Monate und beim Hilflosenzuschuß 2,5 Monate.

Verantwortlich für diese Verlängerung der Bearbeitungsdauer sind vor allem ein deutlich gestiegenes Antragsvolumen und umfangreiche gesetzliche Neuerungen (51. Novelle zum ASVG, EWR etc.). So hat sich bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter das Antragsvolumen von Juli 1993 bis Februar 1994 vergleichsweise zum gleichen Zeitraum der Jahre 1992 bis 1993 am Pensionssektor um 20 % und am Pflegegeldsektor um 369 % erhöht.

Wenn für die Berechnung der Bemessungsgrundlage aus den 180 höchsten Beitragsgrundlagen ("besten 15 Jahren") die Speicherung in der zentralen Datei des Hauptverbandes zum Tragen kommt, wird es nach der Erwartung der Anstalt zu einer wesentlichen Abkürzung der Verfahren kommen.

Zur Frage 4:

Dazu hat die Anstalt folgendes mitgeteilt:

"Dadurch, daß die Intention des Rechnungshofes und der eingeschalteten Beraterfirma vollinhaltlich in das Projekt eingeflossen sind, ist sichergestellt, daß sich die getätigten Investitionen sowohl für die Versicherten (z.B. durch Einsparungen auf dem Personalsektor) als auch für die Bediensteten selbst, weil erheblich anwendungsfreundlicher, vorteilhaft auswirken."

Zur Frage 5:

Die Kosten sind aus Beilage 2 ersichtlich.

Der durch den Einsatz des Systems "PA-NEU" bedingte Umstellungsaufwand auf dem Personalsektor geht aus Beilage 3 hervor.

Zur Frage 6:

Dazu hat die Anstalt folgendes mitgeteilt:

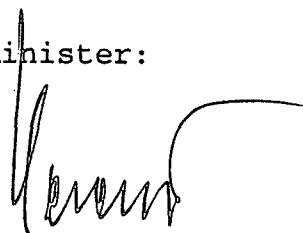
"Bei einem aufgrund zwingender gesetzlicher Vorgaben höchstmöglichen Austestungsgrad von 60 % sind notwendige Programmbereinigungen vorhersehbar und daher als kalkulierbares Element dem aus Beilage 3 ersichtlichen Kapitel Umstellungskosten zuzuordnen."

Zur Frage 7:

Die öffentlichen Aufgaben sind im Bereich der Sozialversicherung bekanntlich aus dem Aufgabenbereich der staatlichen Verwaltung ausgenommen und eigenen Rechtsträgern, den Sozialversicherungsträgern, in Selbstverwaltung übertragen. Die Sozialversicherungsträger haben ihre Aufgaben, zu denen auch das Personalwesen ihrer Bediensteten zählt, somit im selbständigen Wirkungsbereich zu erfüllen. Mir kommt ein bestimmender Einfluß auf diese Angelegenheiten daher nicht zu.

Beilagen

Der Bundesminister:



Nr. 6181 W

1994 -03- 02

## ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dolinschek, Apfelbeck  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Resolution der Bediensteten der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, Landes-  
stelle Graz

Die Bediensteten der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, Landesstelle Graz, haben mit einer Resolution darauf hingewiesen, daß aufgrund eines falschen Personal- und EDV-Konzeptes die Gefahr bestehe, daß Leistungen der PVARb nicht oder nicht rechtzeitig erbracht werden können. Sie betonen zudem, daß die zusätzlichen Belastungen durch die Installierung eines äußerst mangelhaften EDV-Systems nicht ohne das Risiko der Inkaufnahme von gesundheitlichen Schäden ertragen werden könnten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

## Anfrage:

1. Wie haben Sie auf die Resolution bisher reagiert?
2. Wie lange war die Wartezeit von der Antragstellung bis zu Gewährung der Pension bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, Landesstelle Graz, vor der jüngsten EDV-Umstellung? Wie lange ist sie jetzt?
3. Wann können die Versicherten mit einer merklich raschere Bearbeitungszeit rechnen?
4. Ist sichergestellt, daß die bedeutenden Investitionen in die EDV letztlich für die Bediensteten und Versicherten vorteilhaft sein werden?
5. Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Umstellung der EDV (inkl. zusätzlich notwendiges Personal)?
6. Wie hoch sind die Kosten der wegen des Nichtfunktionierens des neuen EDV-Systems angeordneten Überstunden?
7. Wie werden Sie den genauen Gründen der Unzufriedenheit der Bediensteten nachgehen?

Wien, den 2. März 1994  
fpc107aspvarb.hal1294

**Stufenweise Hochrüstung der  
EDV-Anlagen  
für die Belange der  
Applikation PANEU**

10.03.

Hardware	H90F HR	H90VF HR	H90R2/F HR	DFÜ-DVR	Server/DSS	H90G2 HR	H90T2/R2 HR
<b>Investition</b>	<b>55.505.984</b>	<b>62.949.821</b>	<b>40.520.367</b>	<b>2.690.640</b>	<b>26.129.936</b>	<b>5.995.375</b>	<b>51.004.625</b>
1988	0	0	0	0	0	0	0
1990	44.404.787	0	0	0	0	0	0
1991	33.303.590	50.359.857	0	0	0	0	0
1992	22.202.394	37.769.893	32.416.294	0	0	0	0
1993	11.101.197	25.179.928	24.312.220	2.152.512	20.903.949	4.796.300	0
1994	0	12.588.964	16.208.147	1.614.384	15.677.962	3.587.225	40.803.700
	<b>Summe der Restbuchwerte zum Stand 1994.....</b>				<b>90.491.382</b>		
	<b>Summe der Investitionen zum Stand 1994.....</b>				<b>244.796.748</b>		
	<b>Daraus ergibt sich ein Anteil von 80 % für den Bereich der Pensionsabteilungen - Applikation PANEU</b>						
	<b>(Dieser Schlüssel wurde anlässlich der Einschau der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem</b>						
	<b>für die Belange der Innenrevision zuständigen Direktionsmitglied festgelegt)</b>						
	<b>Summe der Restbuchwerte zum Stand 1994.....</b>				<b>72.393.105</b>		
	<b>Summe der Investitionen zum Stand 1994.....</b>				<b>195.837.398</b>		

BEILAGE 2

09:41

☑ +43 1 345381

PVARB GDION

→→ BNAS II

☑ 009/010

6009/AB XVIII. GP - Anfragebeantwortung (gesamtes Original)

7 von 8

BEILAGE 3

14.03.1994

**Einsatz des Systems "PANEU" -- Umstellungsaufwand PERSONAL****Umschulungsaufwand - "FACHBEREICHE"**

Die erforderlichen Umschulungen wurden im Rahmen der Normalarbeitszeit durchgeführt

1. Intensivschulung Sachbearbeiter	(600 Mitarbeiter)	
Schulungsaufwand		26.600 Stunden
2. Intensivschulung Prüfer	(190 Mitarbeiter)	
Schulungsaufwand		2.200 Stunden
3. Abteilungsfachspezifische Schulung	(250 Mitarbeiter)	
Schulungsaufwand		3.250 Stunden
4. Überblicksschulung	(40 Mitarbeiter)	
Schulungsaufwand		700 Stunden
5. Trainerausbildung inkl. Seminar	(24 Mitarbeiter)	
Schulungsaufwand		9.750 Stunden

Durch den schulungsbedingten Ausfall von Normalarbeitszeit sind zur Bewältigung termingebundener Arbeiten insgesamt 14.200 Überstunden angefallen.

**Aufschlüsselung:**

	Üst-Anzahl	Kosten/Std.	Aufwand
Sachbearbeiter	10.064,00	301,16	3.030.874,24
Prüfer	3.380,00	346,76	1.172.048,80
Schulungspersonal	756,00	372,63	281.708,28
Summe	14.200,00		4.484.631,32
Seminarkosten für die Trainerausbildung			168.000,00
Gesamt			4.652.631,32

**Umstellungskosten im EDV-Bereich (Überstunden)**

1. Rechenzentrum (Operating)
2. Entwicklungsabteilung (Programmierung)

	Üst-Anzahl	Üst-Anzahl	Kosten/Std.	Aufwand
ad 1	3.229,00	3.229,00	280,32	905.153,28
ad 2	2.909,00	2.909,00	375,35	1.091.893,15
		Gesamt		1.997.046,43

**Aufwand insgesamt 6.649.677,75**